

Die Rolle der Partizipation bei der Just transition von Kohleregionen

Am 21. Februar 2020 fand in Ústí nad Labem ein Diskussionstreffen zum Thema Beteiligung der Öffentlichkeit an Plänen für Strukturveränderungen in Kohleregionen statt. Die Debatte wurde gemeinsam vom Zentrum für Verkehr und Energie und dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag organisiert.

Zuzana Vondrová vom Zentrum für Verkehr und Energie wies auf die Bedeutung partizipatorischer Elemente bei der Planung der Energiewende hin. Insbesondere für Regionen, die stark vom Steinkohlenbergbau abhängig sind, ist dies eine große Herausforderung. Eine der Voraussetzungen für eine erfolgreiche sozial verantwortliche Abkehr von der Kohle sei die Beteiligung lokaler Gemeinschaften, wodurch umfassende Maßnahmen die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung finden könnten.

Der Partizipationsexperte **Tomáš Rákos** (Participation Factory) stellte in seinem Beitrag die hauptsächlichen Funktionsweisen partizipativer Modelle vor. Er betonte, dass Partizipation kein Social Engineering sei und nicht zu erwarten ist, dass eine Änderung der sozialen Bedingungen nur durch die Gewährleistung einer Beteiligung der Öffentlichkeit erreicht werden kann. Eine gezielte Teilnahme erfordert vor allem Daten - je detaillierter der Bereich untersucht wird (sogenannter hyperlokaler Ansatz), desto besser kann Partizipation angewendet werden. Partizipativen Maßnahmen muss eine Analyse vorausgehen, die den Stand ermittelt, den Bedarf festlegt und nicht zuletzt als Ziel eine Vision entwickelt. Rákos erklärte in seinem Vortrag auch, dass Partizipation ein fortwährender Prozess ist - sie funktioniert nicht wie eine Software oder ein PR-Tool und muss nachjustiert werden. Schließlich müssen auch die Erwartungen gesenkt werden, denn bei Partizipation gebe es kein Endprodukt. Umso wichtiger ist es, den partizipativen Modellen eine gewisse Kontinuität zu verleihen, was in der Tschechischen Republik manchmal schwierig ist, da sich auf kommunaler Ebene häufig die entscheidende Mehrheit ändert. Ungünstig ist auch die Tatsache, dass es in der Tschechischen Republik kein partizipatives Planungsstudienprogramm gibt und daher oftmals an dem notwendigen Know-how mangelt.

Ondrej Šebáň, Fachberater von PricewaterhouseCoopers, der an der Ausarbeitung des Aktionsplans für die slowakische Kohleregion Horní Nitra beteiligt war, stellte das gesamte Projekt in seiner Einführungsrede vor. Er betonte, dass ein solcher Plan dazu führen könne, dass Transformation nicht zum Albtraum werde. Der Aktionsplan von Horní Nitra habe vier Säulen vorgesehen: Mobilität und Vernetzung, Wirtschaft, nachhaltige Umweltpolitik und soziale Fragen. Der Aktionsplan sei in mehreren Schritten entstanden. Ein erster Entwurf sei in informellen Gesprächen mit Interessengruppen diskutiert worden, was zur Schaffung einer überarbeiteten Version führte und anschließend der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Endkommentare zum Text hätten zu einer finalen Version geführt, die ein offizielles Einwandverfahren durchlaufen sei. Die Erstellung des Aktionsplans sei vor allem durch verschiedene europäische Fonds finanziert worden. Laut Šebáň sei so ein Aktionsplan entstanden, der 215 potenzielle Projekte, 10.000 potenzielle Arbeitsplätze und Investitionen in einer Höhe von 3 Mrd. Euro vorsieht.

Lenka Ilčíková, Analystin und Expertin für Just transition von Friends of the Earth, CEPA, betonte die Bedeutung des Umgangs mit dem Ende des Bergbaus. Mit großem Respekt vor der wirtschaftlichen Vergangenheit müssten nun neue Möglichkeiten für den Wohlstand in der Region gefunden werden. Laut Lenka Ilčíková kann der Erfolg des Strukturwandels durch mehrere Schlüsselemente erreicht werden. Es müsse darum gehen, lokale Leader einzubinden. Es ist

weiterhin erforderlich, systematisch Kapazitäten aufzubauen, um bestimmte Transformationsprojekte sicherzustellen. Wer allerdings auf schnelle Erfolge setze, verhindere eine nachhaltige Entwicklung. Wichtig sei ein kontinuierlicher Prozess, der durch eine technische Assistenz begleitet werden müsste.

Gabriela Nekolová, ehemals nationale Managerin des staatlichen Programms RE:Start und derzeitige Vorsitzende des Wirtschafts- und Sozialrates der Region Ústí, gab einen Einblick in die strukturelle Entwicklung betroffener Regionen in der Tschechischen Republik. Sie betonte, dass das RE:Start-Programm nicht nur den Strukturwandel nach der Stilllegung der Kohle, sondern auch allgemeine strukturelle Probleme behandle. Sie führte an, dass es sich im Vergleich zur Slowakei bei den tschechischen Kohleregionen um Gebiete mit einer deutlich höheren Einwohnerzahl handle. Sie erklärte auch, dass das RE:Start-Programm die Öffentlichkeit von Anfang an einbeziehen wollte, aber letztendlich nur Stakeholder im Sinne einer repräsentativen Demokratie einbezogen werden konnten. Eine Beteiligung der breiten Öffentlichkeit sei für das Programm zu aufwändig.

In der nachfolgenden Diskussion wies **Tomáš Rákos** auf die Möglichkeit hin, die Teilnahme über soziale Netzwerke anzubieten. Dies erfordert jedoch entsprechendes Know-how.

Eine Frage bezog sich darauf, wie die möglichen neuen Jobs nach dem Kohleausstieg aussehen könnten. Laut **Ondrej Seban** gebe es in der Slowakei die Idee für ein Bahnnetz zur Stützung einer neuen Produktivindustrie. Des Weiteren denke man über Tourismus und Fun-Parks nach.

Angesprochen wurde dann, ob es auch eine Partizipation gebe, die nicht durch die Politik initiiert wurde. Laut **Tomáš Rákos** gebe es traditionell in Südeuropa, aber auch in Großbritannien und in den USA eine größere Bewegung von unten. In Ostmitteleuropa gebe es nur einige wenige Stiftungen, die hierzu arbeiten, aber nur über ein geringes Mobilisierungspotenzial verfügen. Gabriela Nekolová fügte hinzu, dass die Einbeziehung lokaler Politiker für den gesamten Prozess sehr wichtig sei. Tomáš Rákos merkte an, dass in der Europäischen Union Selbstverwaltungen ein Schlüsselement der Partizipation sind. Problematisch ist jedoch die Tatsache, dass viele tschechische Gemeinden nicht in der Lage sind, die Partizipation von unten zu organisieren.

Die Beendigung des Kohlebergbaus kann für Regionen in vielerlei Hinsicht eine Chance sein, wenn partizipative Elemente angewendet werden. Die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Beseitigung regionaler Unterschiede ist letztendlich eines der Ziele der Europäischen Union, die auch erhebliche Mittel für diese Aktivitäten bereitstellt. In der Tschechischen Republik ist es wünschenswert, partizipative Elemente systematisch zu fördern und auch Kommunen mit technischer Hilfe zu unterstützen und damit ihre Kapazitäten zu erhöhen. Transformation muss fair sein und vor allem zu Ergebnissen führen, die sinnvoll sind und sich mit den Bürgern vor Ort identifizieren, wenn auch auf Kosten von Kompromissen.

Abschließend erklärte **Zuzana Vondrová**, dass die Organisationen sich weiterhin mit der Frage der Partizipation im Sinne eines gerechten Strukturwandels der Kohleregionen befassen werden.

Diese Veranstaltung ist Teil des Projekts der Europäischen Klimaschutzinitiative (EUKI). EUKI ist ein Projektfinanzierungsinstrument vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU).

Das EUKI zielt darauf ab, die europäische Zusammenarbeit im Bereich des Klimaschutzes zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu fördern.

Diese Veranstaltung war auf finanzielle Unterstützung der Europäischen Union und des Bundesumweltministeriums, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), zurückzuführen. Der Inhalt liegt in der alleinigen Verantwortung des Verkehrs- und Energiezentrums und kann nicht als Meinung eines Förderers angesehen werden.



Supported by:



based on a decision of the German Bundestag